

Die Anregung des Landesverbandes NRW der Republikaner vom 21.01.2016, für alle öffentlichen Räume und Plätze ein Burka- und Nikab-Verbot durch die Gemeinde Marienheide zu erlassen, wird als **unzulässig** zurückgewiesen, da es der Partei offensichtlich nicht um ein Sachanliegen geht, sondern um eine rechtsmissbräuchliche Inanspruchnahme öffentlicher Stellen, um den Ansichten der Partei Publizität zu verschaffen.